

Die Hans-Böckler-Stiftung: Forschen und Fördern im Interesse der Beschäftigten

03/2007



Ungereimtheiten

Hunderttausende Jugendliche ohne Ausbildungsplatz – und großes Wehgeschrei über den steigenden Fachkräftemangel.

Sinkende Zahlen von StudienanfängerInnen – und vollmundige Erklärungen, dass Europa zur Weltspitze in Wissenschaft und Forschung zählen will.

Zigtausende erwerbslose Ingenieure – und Diskussionen werden weniger über Qualifizierungsmaßnahmen als über eine Blue Card geführt.

Mindestens 1,1 Millionen Menschen bekommen zusätzlich zu ihrem Arbeitsentgelt Hartz IV – doch zu einem gesetzlichen Mindestlohn kann sich ein Teil der Regierungskoalition nicht durchringen.

2,5 Millionen Kinder leben in Armut – und es wird ein Prüfbericht in Auftrag gegeben. Auch ein um zehn Euro erhöhtes Kindergeld würde in diesem Bereich nichts ausrichten; es würde verrechnet.

Während auf den Parteitag der letzten Monate die Akzente auf „Bildung und Soziales“ gesetzt wurden, grüßt die Betroffenen tagtäglich das Murmeltier. Will heißen: Keine zusätzlichen Ausbildungsplätze, keine Ausbildungsplatzumlage, keine zusätzlichen Fördermaßnahmen, kein erleichterter Zugang zu einem Kinderzuschlag, keine Rücknahme der Beschlüsse zu Studiengebühren.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter setzen sich dafür ein, dass soziale Gerechtigkeit vom Himmel der Beschlusslagen auf den Boden der Tagespolitik geholt wird. Allen engagierten Kolleginnen und Kollegen sei dafür gedankt, dass sie Einfluss nehmen, um diese Ungereimtheiten zu beseitigen. ●



Petra Gerstenkorn

Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes und Leiterin des Fachbereichs Bildung, Wissenschaft und Forschung

Inhalt

Schwerpunkt: Die Hans-Böckler-Stiftung	
Fördern und Forschen	3
Engagement gewinnt! Wer wird Stipendiatin? Was macht der Vertrauensdozent?	4–5
Hochschulen als Wirtschaftsmotor	6
Interview mit HBS-Geschäftsführer Nikolaus Simon	7
Spot auf Bibliotheken auch ohne Feuer	8
Weiterbildung: Niedergang einer ganzen Branche	9
HRG ade – und keiner merkt es?	10
BAföG steigt zu wenig	10
Exzellenzinitiative – die zweite Runde	11
Arbeiten in der Wissenschaft: Zwischen Traumberuf und Ausbeutung	12
Begeisterte Jungleser in Hannover	13
Kooperation mit den „Besonderen Dienstleistungen“	14
Seminare	14
Matchball, Spiel, Satz und Sieg!!!	15
Drei Fragen an Klaus Böhme	15
Schlaue Weihnachtsmänner – das war einmal	16



Impressum

Der ver.di Report **biwifo** Nr. **03/2007** · Dezember 2007
 Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
 Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung
 Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin
 V.i.S.d.P.: Petra Gerstenkorn
 Verantwortliche Redakteurin: Annette Jensen
 Internet: www.verdi.de
 Grafisches Konzept: Hansen Kommunikation GmbH
 Layout: einsatz, Wolfgang Wohlers
 Druck: apm AG Darmstadt, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt
 Titelbild: Aktion PRO MITBESTIMMUNG · Rund 1000 Teilnehmer tragen gute Argumente zu einem 10 mal 15 Meter großen Mosaik zusammen. Mit dabei: SPD-Vorsitzender Franz Müntefering, Grünen-Chef Reinhard Bütikofer, DGB-Vorsitzender Michael Sommer. Berlin 16. Nov. 2004 · Foto: David Ausserhofer
 W-1728-29-1207

Die Artikel stellen die Meinungsvielfalt unseres Fachbereiches dar und spiegeln nicht in jedem Fall die Meinung des Bundesfachbereichsvorstandes wider.

Service

Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung
 Internet: www.biwifo.verdi.de
 Ansprechpartner biwifo-Report:
holger.menze@verdi.de
 Tel.: 0171/932 04 04 · Fax: 030/69 56-35 00

Petra Gerstenkorn

Fördern und Forschen

Vor dreißig Jahren gründete der DGB die Hans-Böckler-Stiftung (HBS). Drei Aufgaben hat die in Düsseldorf ansässige Institution: Sie soll die Mitbestimmung in Deutschland fördern – durch Beratung, Fachtagungen, Diskussionsveranstaltungen und Forschung. Sie soll wissenschaftliche Expertisen zu arbeitnehmerrelevanten Fragen in Auftrag geben oder selbst erstellen. Und schließlich ist sie mit 1600 StipendiatInnen auch das zweitgrößte Studienförderungswerk Deutschlands.

VON ANNETTE JENSEN

Finanziert wird die HBS zu mehr als zwei Dritteln aus Vergütungen von Aufsichtsratsmitgliedern. Knapp 400 ver.dianerInnen haben einen solchen Posten. Gemäß DGB-Beschluss sind sie verpflichtet, ihre Tantiemen zu einem Großteil abzuführen: 80 Prozent des Geldes gehen an die HBS; mit den übrigen 20 Prozent finanziert ver.di seine gewerkschaftspolitische Bildung. Allerdings verhalten sich leider nicht alle AufsichtsrätInnen von der Arbeitnehmerbank korrekt, berichtet Martin Lemcke, der bei ver.di den Bereich Mitbestimmung leitet. Nur 77 Prozent konnte seine Abteilung im vergangenen Jahr als „weiße Schafe“ identifizieren.

Im vergangenen Jahr flossen über acht Millionen Euro Aufsichtsratsantien von ver.di-Mitgliedern an die Hans Böckler-Stiftung – ein dicker Batzen des gesamten HBS-Haushaltsvolumens in Höhe von knapp 43 Millionen Euro. Dafür liefert die Stiftung nicht nur wissenschaftliche Studien zu Themen, die für Gewerkschaften und insbesondere auch mitbestimmte Betriebe relevant sind. Hier finden die Aufsichtsräte auch Unterstützung durch Schulungen, Arbeitshilfen oder Rechtsberatung. Außerdem gibt es etwa 100 Veranstaltungen im Jahr zu einem breiten Themenspektrum, das von Erfahrungen mit Hedge-Fonds über alternsgerechte Erwerbsarbeit bis zu 100 Jahre Frauenstudium an der Universität Leipzig reicht. Sowohl Gender- als auch Europafragen gelten seit ein paar Jahren als zentrale Querschnittsaufgaben in der HBS.

Die zweite Finanzquelle der HBS ist das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Die fast 10 Millionen Euro, die auf diese Weise im vergangenen Jahr auf dem HBS-Konto eintrafen, sind ausschließlich für die Studienförderung

bestimmt. Neben gesellschaftlich engagierten Menschen, die oft über den zweiten Bildungsweg an die Hochschulen gekommen sind, haben seit neuestem auch sozial benachteiligte AbiturientInnen Chancen auf ein Stipendium (siehe Seiten 4 und 5).

Seit 1995 gibt es unter dem Dach der HBS auch das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI), das die Gewerkschaften unter anderem Namen bereits in der Weimarer Republik gegründet hatten. 13 JuristInnen, SozialwissenschaftlerInnen und ÖkonomInnen beschäftigen sich hier mit Strukturen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Verteilungsfragen, sozialer Sicherheit und Tarifpolitik. Während die HBS viele Forschungsaufträge zu politisch relevanten Einzelthemen an externe ForscherInnen vergibt, laufen kontinuierliche Untersuchungen zu den für Gewerkschaften hochrelevanten Fragen beim WSI. Davon profitieren auch ArbeitnehmerInnen oder Azubis, die sich zum Beispiel informieren wollen, wie viel man in welchem Beruf verdient. Ein Klick auf die WSI-Internet-Seite – und schon weiß man Bescheid. Außerdem wertet das WSI-Tarifarchiv als zentrale Dokumentationsstelle der gewerkschaftlichen Tarifpolitik die laufenden Entwicklungen umfassend aus. Das WSI-Tarifhandbuch 2006 analysiert die heikle Frage: „Abschied vom Flächentarifvertrag? Der Umbruch in der deutschen Tariflandschaft.“ Darüber hinaus führt das WSI zum Beispiel auch Untersuchungen durch, wie Betriebsräte mit Organisationsänderungen und Verlagerungen umgehen können und welche unterschiedlichen Erfahrungen sie dabei machen.

Seit 2005 beherbergt die HBS noch ein zweites Forschungsinstitut: Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Nachdem sich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin immer marktliberaler entwickelt hatte und der Vertrag des damaligen Leiters der Konjunkturabteilung Gustav Horn nicht verlängert wurde, bot die HBS Horn an, unter ihrem Dach weiter zu forschen. Inzwischen arbeiten zehn WissenschaftlerInnen in dem neuen Institut, das bereits international gut vernetzt ist. Dass ihre Arbeit ernst genommen wird zeigt sich schon daran, dass das IMK an der Konjunktur-Gemeinschaftsprognose für die Bundesregierung mitschreibt. ●

■ ver.di und die HBS

Zwölf Menschen sitzen im Vorstand der Hans-Böckler-Stiftung, darunter Petra Gerstenkorn, die Leiterin des Fachbereichs Bildung, Wissenschaft, Forschung. Außerdem ist ver.di mit der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Margret Mönig-Raane in dem Leitungsgremium vertreten, und ein Arbeitsdirektor besitzt ebenfalls eine ver.di-Mitgliedskarte.

Dreimal im Jahr trifft sich das Gremium aus GewerkschaftsvertreterInnen und ArbeitsdirektorInnen, um Forschungsschwerpunkte festzulegen. Auch der HBS-Haushalt ist Vorstandsangelegenheit. Einig ist man sich darin, das Thema Mitbestimmung kontinuierlich stark zu besetzen – insbesondere seit Arbeitgeber und Union immer wieder daran rütteln. Eine kontroverse Diskussion gab es dagegen zum Beispiel um die Frage, ob eine HBS-Akademie gegründet werden soll. Die BefürworterInnen wollten StipendiatInnen und AltstipendiatInnen, WissenschaftlerInnen, die in geförderte Projekte eingebunden sind, ArbeitsdirektorInnen und Aufsichtsratsmitglieder stärker vernetzen. Zunächst fand die Idee aber keine Mehrheit.

Derweil waren mehrere ver.di-Fachbereiche erfolgreich mit ihren Anträgen für HBS-Forschungsaufträge. Für den Fachbereich Gesundheit untersuchen WissenschaftlerInnen nun Arbeitszeitbedingungen in Krankenhäusern. Der Fachbereich Sozialversicherungen erhofft sich fundierte Erkenntnisse über die längerfristigen Auswirkungen des Umbaus der Bundesagentur für Arbeit für Beschäftigte und Erwerbslose. Und für unseren Fachbereich wird die Bedeutung ostdeutscher Hochschulen für die jeweilige Region beforscht (siehe Seite 6). ●

Engagement gewinnt!

VON JULIA MÜLLER

Gesellschaftspolitisches Engagement, kritisches Denken und aktives Mitgestalten – das sind die Eigenschaften, die sich die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) von ihren StipendiatInnen wünscht. Als Studienförderwerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes unterstützt die HBS begabte Studierende und Promovierende. Sie ermöglicht damit nicht nur eine materiell gesicherte Ausbildung ohne BAföG-Schuldenberg. Gleichzeitig unterstützt sie auch die politische Aktivität der Geförderten in Gremien, Gruppen und Gewerkschaften. Ohne das Stipendium bliebe ihnen neben Studium und Nebenjob nicht nur weniger Zeit zu weitergehendem Engagement. Der Stiftungszusammenhang bietet den StipendiatInnen auch wichtige Kontakte und Einflussmöglichkeiten.

HBS-StipendiatInnen erhalten neben den finanziellen Zuwendungen auch eine ideelle Förderung. Dazu gehören Seminarangebote zu studienfachspezifischen und gewerkschaftspolitischen Themen ebenso wie Abos der Zeitschriften „Mitbestimmung“ und „WSI-Mitteilungen“ und noch einiges mehr.

Ein starkes Gewicht hat die Mitbestimmung der StipendiatInnen innerhalb der Stiftung. Anders als bei vielen anderen Studienförderungen besteht in der HBS eine lange Tradition, die Geförderten an den Entscheidungsprozessen aktiv zu beteiligen. Studierende und Promovierende sind in den Auswahlausschüssen für die Stipendienvergabe vertreten, und sie haben Sitz und Stimme in den HBS-Lenkungsgremien. Um hier nicht zu EinzelkämpferInnen zu mutieren und Entscheidungen demokratisch rückzukoppeln, organisieren sie mit Unterstützung der Stiftung turnusmäßige Wahl- und Diskussionsversammlungen.

Gesellschaftspolitisches Engagement ist somit nicht nur Voraussetzung für den Zugang zum Stipendium. Es kennzeichnet auch das Bewusstsein der Böckler-StipendiatInnen und spiegelt sich in einer Vielfalt von Projekten wider, die sie innerhalb und außerhalb der Stiftung initiieren. Die Einzelgewerkschaften spielen dabei eine wichtige, wenn auch deutlich ausbaufähige Rolle als politisches Betätigungsfeld. Ihre Themen und Kampffelder bieten eine gemeinsame Orientierung für die StipendiatInnen und werden oft gerade von ihnen in die HBS zurück getragen. Umso wichtiger sind hier Schnittstellen und Angebote der Gewerkschaften.

Die Förderrichtlinien der HBS für das klassische Auswahlverfahren der Studienförderung sind Ausdruck dieser gewerkschaftsorientierten Kultur. Vorschlagsberechtigt sind vor allem die Gremien der Einzelgewerkschaften. Neben der Studienleistung und der generellen Anforderung gewerkschaftlichen bzw. gesellschaftspolitischen Engagements werden speziell „Arbeitnehmerkinder“ sowie AbsolventInnen des zweiten Bildungsweges gefördert.



Damit setzt die HBS als einziges Studienförderwerk ein deutliches politisches Zeichen für die Öffnung der Hochschulausbildung. Dies ist in Zeiten zunehmender Elitefixierung kein leichtes Unterfangen. Wo die Ungleichheit der Studiovoraussetzungen und des Zugangs zu Bildung tendenziell zugunsten einer messbaren Leistung im Ergebnis ausgeblendet wird, steht auch ein gewerkschaftliches Bildungsförderwerk unter Druck.

Mit der neu ins Leben gerufenen „Böckler-Aktion Bildung“ setzt die Stiftung nun verstärkt auf Studienanreize für AbiturientInnen. Eine beachtliche Zahl neuer Stipendien soll in erster Linie finanziell bedürftigen StudienanfängerInnen zugute kommen; Maßstab ist hier ein voller BAföG-Anspruch. Etwa 200 junge Menschen wurden in der ersten Runde ausgewählt. Bei ihnen treten eine hohe Leistungsbereitschaft im umfassenden Sinne sowie Interesse an gesellschaftspolitischen Themen und Betätigungsmöglichkeiten an die Stelle des bereits nachgewiesenen gewerkschaftlichen Engagements.

Gerade die gleichrangige Stärkung von sozialer Herkunft, zweitem Bildungsweg und gesellschaftspolitischem Engagement hat die HBS in der Vergangenheit zu einem unverzichtbaren politischen Akteur gemacht. Sie konnte die Kernziele gewerkschaftlicher Bildungspolitik nicht nur in die Öffentlichkeit tragen, sondern durch die Stipendien aktiv umsetzen, wo die Bildungspolitik strukturell versagte.

Heute kann die HBS eine erfahrene Stimme gegen die Moden der universitären „Bestenauslese“ sein. Die Biographien, die sie gerade jenseits der „besten“ Familien, der „besten“ Schulen, der „besten“ – weil geradlinigsten – Bildungskarrieren fördert, stehen quer zum herrschenden Elitegedanken und bergen gerade darum einen großen gesellschaftlichen Reichtum, für den es sich zu kämpfen lohnt. ●

■ Förderung des zweiten Bildungswegs

Für Menschen ohne Abitur gibt es am Department für Wirtschaft und Politik der Universität Hamburg (DWP, früher HWP) den Zugang zum Studium durch eine Aufnahmeprüfung. Die Studienförderung der HBS vergibt spezielle Stipendien an Studierende des DWP sowie an Personen, die auf dem „zweiten Bildungsweg“ ihre Hochschulreife nachholen.



Nicht nur die aktuellen, sondern auch frühere StipendiatInnen gehören zum HBS-Netzwerk

Foto: Jürgen Seidel

Ein „Amt“, das bereichert

VON WOLFGANG NEEF,
VERTRAUENSDOZENT BEI DER
HANS-BÖCKLER-STIFTUNG

Man hat heute wenig Gelegenheit, in einer akademischen Institution viel vom „wirklichen Leben“ mitzubekommen. Wissenschaft, so nützlich sie sein mag, so praktisch sie gemeint ist, dreht sich oft selbstreferentiell im Kreis. Wichtigste Bezugsgruppe ist die „scientific community“.

Wenn man aber als Gutachter mit KandidatInnen für ein HBS-Stipendium zusammentrifft, erlebt man mehr. Die Kriterien der Stiftung

erlauben nicht nur, sondern verlangen, dass Aktivitäten und Erfahrungen außerhalb des Hochschulbetriebes, persönliche Probleme und soziale Hintergründe besprochen werden, um die Eignung für ein Stipendium festzustellen. Da lernt man Menschen kennen, vor denen man nur den Hut ziehen kann. Zum Beispiel den gelernten Zimmermann, der in der ganzen Republik von Ort zu Ort, von Baustelle zu Baustelle gereist ist, immer in selbstverwalteten Betrieben, Genossenschaften, auf ökologischen Bauernhöfen gearbeitet und entsprechende Netzwerke geknüpft hat. Oder die Bosnierin, die Projekte über Frauen im Widerstand gegen den Krieg in Serbien, Bosnien, Kroatien und Herzegowina organisiert hat und jetzt durch ein Architekturstudium die Voraussetzungen zum Wiederaufbau in ihrem Land schaffen will. Oder die ehemals hauptamtliche verdi-Kollegin, die das Lidl-Schwarzbuch mit herausgegeben und die entsprechende Kampagne organisiert hat.

Als Gutachter oder Ausschussmitglied für Promotionsstipendien eröffnen sich aber auch wissenschaftliche Ansätze und Ideen, die die eigene Arbeit inspirieren: Interessante Exposés zu aktuell politisch und wissenschaftlich wichtigen Themen, wie z.B. eine Dissertation über Arbeitsbedingungen und Probleme der Interessenvertretung in Call-Centern. Auch eher „exotische“ Themen wie die soziale und psychologische Bedeutung des Reitens für Mädchen aus bildungsfernen Schichten weiten den eigenen Horizont.

Die Stiftung hat vor etwa einem Jahr begonnen, über eine dritte Schiene gezielt AbiturientInnen aus besonders prekären Verhältnissen im Elternhaus zu einem Studium zu ermutigen. Auch hier fördert die HBS erstaunliche Potenziale zu Tage: Ein Kind russischer Juden, im Alter von sechs Jahren aufgenommen in Deutschland ohne deutsche Sprachkenntnisse und gleich eingeschult – also ins kalte Wasser geworfen und ganz allein auf sich gestellt – macht trotzdem nach 13 Jahren das Abitur und engagiert sich auf dem Gymnasium auch noch in der deutschen Schülervertretung.

Nicht zuletzt: Als HBS-Vertrauensdozent lernt man interessante und hoch engagierte KollegInnen aus vielen Universitäten und Fachhochschulen kennen, tauscht sich regelmäßig aus und kann sich in der Stiftung – auch wenn man hin und wieder Kontroversen austragen muss – zu Hause fühlen.

Wer wird Stipendiat?

Drei Wege führen zum HBS-Stipendium: Gewerkschaftsmitglieder bewerben sich immer über ihre Gewerkschaft. Zum anderen haben die VertrauensdozentInnen das Recht, KandidatInnen vorzuschlagen, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind. Das Gleiche gilt für die StipendiatInnen-Gruppe, die es an fast jeder Hochschule gibt. Und seit kurzem können sich junge Menschen, die noch nicht angefangen haben zu studieren und aus Elternhäusern mit sehr geringem Einkommen stammen, auch selbst bewerben.

In der Regel richtet sich die Höhe eines Studienstipendiums genau wie das BAföG nach dem Einkommen der Eltern. Allerdings gibt es Ausnahmen: Wer zu Beginn des Studiums über 30 Jahre alt ist, schon sechs Jahre gearbeitet hat oder sein Abitur auf dem zweiten Bildungsweg erworben hat, wird elternunabhängig gefördert. Der Höchstsatz beträgt zur Zeit 525 Euro. Zu-

sätzlich bekommen alle StipendiatInnen ein sogenanntes Büchergeld von 80 Euro. Und wer schon selbst Nachwuchs hat, erhält einen Familienzuschlag in Höhe von 155 Euro plus ein Kinderbetreuungsgeld, das sich nach der Zahl der Töchter und Söhne richtet. Diese Zuschläge gelten ebenfalls für Promovierende; darüber hinaus beträgt ihr Stipendium in jedem Fall 920 Euro plus 100 Euro Forschungskostenpauschale.

Das Geld für die HBS-Stipendien kommt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Die Aufnahmequote richtet sich danach, welchen Betrag das Ministerium locker macht und wie viele StipendiatInnen ihr Studium beenden. „Zur Zeit erleben wir fette Jahre“, sagt der bei der HBS zuständige Referent Dietrich Einert. Schließlich hat Bildungsministerin Annette Schavan angekündigt, dass ein Prozent aller Studierenden mit Stipendien gefördert werden sollen. ● aje
www.boeckler.de

Hochschulen als Wirtschaftsmotor



Foto: Uni Rostock Medizentrum

Was zum Beispiel an der Uni Rostock geforscht wird, ist auch für die wirtschaftliche Entwicklung der Region relevant

rend angesehener Regionen mit zwei anderen, die als eher problematisch gelten, sollten wichtige Einflussfaktoren aufgedeckt werden. Welche Vorteile und Schwachstellen gibt es jeweils im öffentlichen Wissenschaftssystem, in der regionalen Wirtschaft, in den Politikansätzen und im Zusammenwirken der Akteure? Die Antworten haben die WissenschaftlerInnen inzwischen in einem 264 Seiten starken Buch veröffentlicht. Sie geben nicht nur konkrete Hinweise, wie Innovationen angestoßen und gefördert werden können. Vor allem unterstreichen sie auch die Notwendigkeit, Hochschulen und Forschungseinrichtungen nicht zum Steinbruch für Sparbemühungen der öffentlichen Hand zu machen. Ansonsten stehen nicht nur die künftigen ‚Produktionsstätten‘ in der Wissenschaftsgesellschaft auf dem Spiel, sondern auch der regionalen Wirtschaft droht Schaden.

Wer schon etwas weiß, dem stellen sich neue Fragen. In diesem Fall: Können und wollen die Hochschulen die von ihnen erwartete Rolle im Innovationssystem überhaupt wahrnehmen? Welche Bedeutung kommt den Entscheidungs- und Beteiligungsstrukturen in diesem Zusammenhang zu? Welches Selbstverständnis braucht eine Hochschule, um positive Impulse für ihre Umgebung zu geben? Und wie können Organe und Personen positiv fördernd oder auch hemmend wirken? Um hier Antworten zu finden, aus denen sich dann Tipps zum Handeln ableiten lassen, hat der Fachbereich biwifo ein zweites Forschungsprojekt angestoßen. Im Fokus steht nun der Vergleich zweier ostdeutscher Regionen, die einen Strukturwandel noch zu bewältigen haben, mit einer westdeutsche Region, die einen solchen Prozess erfolgreich bewerkstelligt hat. In allen drei Fällen geht es auch hier wieder um die Rolle der Universität.

Erneut arbeiten ver.di und die HBS zusammen. Dieses Forschungsprojekt wird von Prof. Klaus Dörre und Matthias Neis von der Friedrich-Schiller-Universität Jena bearbeitet. Aus gewerkschaftlicher Sicht besonders interessant ist dabei der Ansatz, die Beteiligten der drei Hochschulen und ihre Interessenvertretungen von Beginn einzubeziehen. Vor allem die Rolle und das Selbstverständnis von Personalräten dürfte Aufschluss für gewerkschaftliche Handlungsansätze liefern. Wir sind auf die für den kommenden März erwarteten Ergebnisse gespannt. ●

Fritsch, M. u.a.: „Hochschulen, Innovation, Region – Wissenstransfer im räumlichen Kontext“, edition sigma, Reihe: Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 82, Berlin 2007

VON KARL-HEINRICH STEINHEIMER

Das Finanzielle ist nur die eine Seite der Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung. Schließlich besteht ein Anliegen des Fachbereichs darin, den politisch Verantwortlichen insbesondere in den östlichen Bundesländern begreiflich zu machen, dass Hochschulen und Forschungseinrichtungen positive und entscheidende Wirtschaftsfaktoren sind; vielerorts aber werden sie nach wie vor nur als reine Kostenverursacher gesehen.

Diese Perspektive mit wissenschaftlich belastbaren Daten zu untermauern traf bei der Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung auf interessierte Kooperationspartner. Schließlich hatte die HBS bereits mehrere Projekte zur Regionalentwicklung und zur Situation in Ostdeutschland durchgeführt. Gemeinsam tüftelten VertreterInnen beider Institutionen schließlich die Forschungsfragen aus. Die inhaltliche Gestaltung des Projekts wurde dann mit Prof. Michael Fritsch abgestimmt, der mit seinen MitarbeiterInnen von der Technischen Universität Bergakademie Freiberg die Untersuchung zwischen 2004 und 2006 durchführte. Mit ihm hatte die HBS schon mehrfach erfolgreich zusammengearbeitet. Außerdem begleitete während der Bearbeitungsphase ein hervorragend besetzter Beirat das Projekt.

Die WissenschaftlerInnen untersuchten Rahmenbedingungen, Entwicklungen und Erfahrungen in Dresden, Jena, Halle und Rostock. Durch den Vergleich zweier allgemein als florie-

Wie wichtig sind Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen für die regionale Entwicklung? Auf welche Weise tragen sie zur Innovation in ihrer Umgebung bei? Wie lässt sich der Wissenstransfer aus den Forschungseinrichtungen verbessern? Diese Fragen erschienen dem ver.di-Fachbereich Bildung, Wissenschaft, Forschung sehr spannend. Doch eine entsprechende Expertise in Auftrag zu geben ist teuer – zu teuer für den Fachbereich. Deshalb wandte er sich an die Hans-Böckler-Stiftung. Mit Erfolg. Das Projekt wurde gefördert, die Ergebnisse liegen inzwischen vor.



„Das gute Argument jagt das schlechte in die Wüste“

Interview mit Nikolaus Simon, seit 1997 Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung.

biwifo: Welche Themen lässt die Hans-Böckler-Stiftung beforschen?

Nikolaus Simon: Ganz allgemein kann man sagen, dass wir Forschung unterstützen, die sich mit der Lage von ArbeitnehmerInnen und den Bedingungen in der Arbeitswelt beschäftigt. Wir haben mehrere Schwerpunkte festgelegt: Neue Entwicklungen bei der Mitbestimmung, der Wandel der Erwerbsarbeit, die Zukunft des Sozialstaates und schließlich der Zusammenhang von Strukturwandel, Innovationen und Beschäftigung. Aufgrund unserer guten Einnahmen werden wir außerdem wieder mehr Projekte über Gewerkschaftsgeschichte, die Kooperation der Tarifparteien und zum Thema Bildung in Auftrag geben können.

Wie wichtig ist die Forschungsförderung für die Hans-Böckler-Stiftung?

Äußerst wichtig: 24 Prozent unserer eigenen Mittel gehen dort hinein. Damit erhält die Forschungsförderung mehr Geld als jede andere Abteilung im Hause.

Wer entscheidet darüber, welche Forschungsaufträge vergeben werden?

Die Vorentscheidungen treffen die Abteilungsleitungen gemeinsam mit der Geschäftsführung. Die Projektanträge werden wissenschaftlich begutachtet, darüber hinaus gibt es eine Rückkopplung mit gewerkschaftlichen Gremienmitgliedern. Die Entscheidung über die Förderung trifft dann der Vorstand.

Wer liefert die Ideen und Vorschläge?

Viele Vorschläge kommen von Forschungseinrichtungen oder von Einzelpersonen. Aber gerade in der letzten Zeit entstehen viele Projekte auch auf dem Wege von Ausschreibungen.

Wie läuft das konkret?

Wir schreiben Forschungseinrichtungen wie zum Beispiel das Wissenschaftszentrum Berlin oder das Soziologische Forschungsinstitut in Göttingen unmittelbar an und bitten sie um Anträge in einem entsprechenden Feld. Dabei handelt es sich um Institutionen, die Drittmittelforschung betreiben und entweder schon häufig mit uns erfolgreich zusammengearbeitet haben oder auf Grund ihres Profils herausragende Beiträge erwarten lassen.

Wer entwickelt in solchen Fällen die Forschungsfragen?

Das kommt darauf an. Die Frage nach dem Zusammenhang zwischen „Innovationen und Mitbestimmung“ oder „Wie funktioniert die Kooperation in einem Aufsichtsrat?“ haben wir zum Beispiel von uns aus rausgeschickt. Aber natürlich entsteht mit den entsprechenden WissenschaftlerInnen sofort ein Kommunikationsprozess, der dann auch die Ausformulierung des Vorhabens beeinflusst.

Wie gehen Sie mit Forschungsergebnissen um, die der bisherigen Linie der Hans-Böckler-Stiftung oder einzelner Gewerkschaften widersprechen? Ich denke da an zwei Gutachten zur Gesundheitsreform. Die kamen zum Schluss, dass die Kopfpauschale wesentlich gerechter gestaltet werden kann als die Bürgerversicherung.

Das Ergebnis hat uns auch erstaunt. Aber das ist ja das Schöne, wenn man Wissenschaft betreibt: Das gute Argument jagt das schlechte in die Wüste. Prinzipiell ist es so, dass wir eine gemeinnützige Einrichtung sind, die verpflichtet ist, alle wissenschaftlichen Ergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, und das wollen und tun wir auch. Was wir hier produzieren ist Wissenschaft – und die wird der wissenschaftlichen Diskussion wieder zurückgegeben.

Gibt es da nicht manchmal Protest von Ihren Finanziers?

Wo politisch brisante Ergebnisse für unsere Stakeholder – also die Gewerkschaften, den DGB oder die Mitbestimmungsakteure in den Betrieben – entstehen, erlauben wir uns von Zeit zu Zeit schon mal Reflexionsrunden. Die führen aber nie dazu, dass wir nicht veröffentlichen. Wissenschaftliche Unabhängigkeit und Publikationsfreiheit sind immer gewährleistet. Nur der Zeitpunkt und die Art der Veröffentlichung standen vielleicht ein, zwei Mal zur Diskussion.

Die Wahl des Forschers bedeutet ja bereits eine Vorentscheidung über das Ergebnis. Beauftragen Sie nur WissenschaftlerInnen, die von ihrer Grundüberzeugung her den Gewerkschaften nahe stehen?

Unser einziges Interesse ist es, die beste Wissenschaft zu bekommen. Wir freuen uns sehr, wenn bei uns Anträge der renommiertesten Wissenschaftseinrichtungen eingehen, und auch bei Ausschreiben ist das ebenfalls das Kriterium. Natürlich arbeiten Forschungsinstitutionen, die sich grundsätzlich für die Auswirkungen von Entwicklungen auf ArbeitnehmerInnen interessieren, häufiger mit uns zusammen. Aus dem Thema ergibt sich Nähe – nicht aus inhaltlichen Positionen. ●

Interview: Annette Jensen

AUSGEZEICHNET

■ Bibliothek des Jahres im Gefängnis Münster

Die Bücherei im Gefängnis Münster hat den Preis „Bücherei des Jahres 2007“ erhalten. Die mit 30 000 Euro verbundene Auszeichnung wurde vom Deutschen Bibliotheksverband und der Hamburger Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerus vergeben. Die Bücherei wird von 80 Prozent der Gefangenen genutzt und hat damit eine exorbitante Auslastung. Ungewöhnlich für ein Gefängnis ist die Freihandausleihe, die jeder Insasse eine Viertelstunde pro Woche nutzen kann. Bei einer Umfrage unter den Gefangenen gaben drei Viertel „Lesen“ als ihre wichtigste Freizeitbeschäftigung noch vor dem Fernsehen an. Weil Münster gut ausgestattet ist, soll das Preisgeld für Bibliotheken in anderen Gefängnissen oder Jugendarrestanstalten ausgegeben werden.

■ „Deutsche Akademie der Wissenschaften“ wurde gekürt

Mit einem „Machtwort“ hat Bundesministerin Annette Schavan die jahrelange Diskussion um die Deutsche Akademie der Wissenschaften (DAW) beendet. Sie ernannte die Leopoldina in Halle zur DAW. Von dieser Entscheidung wurden andere Wissenschaftsakademien überrascht, die sich ebenfalls um diesen Titel beworben hatten. Wieder andere wollten einen Rat der Akademien und nicht eine einzelne Institution, die in diesen Rang gehoben wird. Auch der Wissenschaftsrat war gegen die Umfunktionierung einer bestehenden Akademie in DIE Akademie. Ein Kritikpunkt neben dem „Stil“ der Ministerin ist, dass die Leopoldina nicht für alle Disziplinen sprechen kann, weil ihre Ausrichtung stärker naturwissenschaftlich ist.

Spot auf Bibliotheken auch ohne Feuer

Am 24. Oktober ist die Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar wieder eröffnet worden. Dort hatte 2004 ein furchtbarer Brand gewütet. Es war sehr erfreulich, Bundespräsident Horst Köhler in seiner Rede dort Folgendes sagen zu hören: „Die deutschen Bibliotheken – und zwar alle, von der hochspezialisierten Forschungsbibliothek bis zur kleinen Stadtteilbibliothek – sind ein unverzichtbares Fundament in unserer Wissens- und Informationsgesellschaft. Die öffentlichen Bibliotheken sind ... ein Pfund, mit dem wir wuchern müssen.... Trotz des wichtigen Beitrags der Bibliotheken für die Bildung und das selbstständige Lernen fehlt in Deutschland – im Gegensatz zu den erfolgreichen PISA-Ländern – die strategische Verankerung der Bibliotheken als Teil unserer Bildungsinfrastruktur. Meine Meinung ist: Bibliotheken gehören deshalb in Deutschland auf die politische Tagesordnung.“

VON HELGA DÖRING-KLES
UND DOROTHEA STEFFEN

In den Worten Köhlers ist das wieder zu finden, was wir als Gewerkschaft schon seit Jahren fordern. Bereits 1981 hatte die damalige ÖTV-Bundesfachkommission Archive, Bibliotheken und Dokumentationseinrichtungen (ABD) in der Broschüre „Forderungen für unsere Bibliothek der Zukunft – Im Mittelpunkt der Mensch“ Eckpunkte für ein Bibliotheksrahmengesetz vorgelegt. Auf dieser Linie liegt auch der Beschluss, den der ver.di-Bundeskongress im vergangenen Oktober verabschiedet hat: „ver.di setzt sich für die Schaffung eines Bibliotheksgesetzes zur Setzung von Mindeststandards in öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken ein. Für alle Bildungsstufen von der vorschulischen Erziehung bis zum Studium und für alle Weiterbildungsgänge ist ein leistungsfähiges System öffentlicher und wissenschaftlicher Bibliotheken als Grundvoraussetzung und Wissensressource notwendig.“

Dieses Bibliothekssystem muss flächendeckend und wohnortnah sein. Es muss Medien, Informationsdienste und Recherchemöglichkeiten für alle Bildungswilligen anbieten. Technische Ausstattung und Angebot müssen qualitativ dem



Foto: Maik Schuck

neuesten Stand entsprechen und quantitativ ausreichend für den Bedarf der Nutzerinnen und Nutzer sein.“

In vielen europäischen Ländern sichern Bibliotheksgesetze die Mindeststandards von Bibliotheken. Nur Deutschland tut sich seit Jahren schwer, solch ein Gesetz überhaupt in die Diskussion zu bringen. Erste Schritte zu diesem Ziel sind die Entwürfe für Bibliotheksgesetze in Thüringen und Rheinland-Pfalz und die Forderung nach einem Bibliotheksgesetz im Wahlprogramm der hessischen SPD. Unser Ziel als ver.di-AG ABD ist aber weiterhin ein Rahmengesetz auf Bundesebene. Unsere Bundestagsabgeordneten müssen dazu bewegt werden, ein Bibliotheksgesetz zu verabschieden.

Öffentliche Bibliotheken gehören in Deutschland nach wie vor zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen. In den Sparwängen der letzten Jahre blieb den Kämmerern oft nur der Weg, bei diesen freiwilligen Leistungen drastisch zu kürzen. Diese Konsolidierungsrunden haben ein landesweites „Bibliothekssterben“ nach sich gezogen.

Wir hoffen, dass die Rede Köhlers hilft, die Rolle der Bibliotheken nun auch auf das politische Parkett zu bringen. Es sollen nicht weitere Bibliotheken brennen müssen, damit sie endlich ins Licht der Öffentlichkeit kommen. ●

Der Niedergang einer ganzen Branche

Auf den ersten Blick erscheint die Entwicklung erfreulich: Die Zahl der TeilnehmerInnen von Weiterbildungsmaßnahmen, die von der Agentur für Arbeit (BA) und den ARGEN 2007 gefördert wurden, ist deutlich höher als im Vorjahr. Doch der zweite Blick verrät: Bei der Mehrzahl der Bildungsmaßnahmen handelt sich um Kurz- und Kürzestmaßnahmen. Kaum eine davon kann wohl für sich in Anspruch nehmen, einen Bildungs- oder Qualifizierungsprozess in Gang gesetzt und damit die Chancen der TeilnehmerInnen auf dem ersten Arbeitsmarkt tatsächlich verbessert zu haben.

VON ROLAND KOHSIEK

Die Preise für die Kurse sinken derweil weiter. Die Ursache liegt in der fortgesetzten Ausschreibungspraxis der BA. Ausnahme von der Regel sind einzelne Bildungsmaßnahmen, die über Bildungsgutscheine belegt werden. Sie werden im Verhältnis zu den ausgeschriebenen Maßnahmen besser bezahlt; den Trend brechen sie freilich nicht.

Die gesamte Arbeitsmarktpolitik ist völlig unübersichtlich geworden. Die ARGEN sind für die etwa 80 Prozent der Erwerbslosen zuständig, die ALG 2 beziehen. Jede ARGE plant ihre eigenen Instrumente und Bildungsmaßnahmen – nur gelegentlich in Absprache mit der örtlichen Agentur. So kann es sein, dass im Zuständigkeitsbereich der einen ARGE sehr sinnvolle Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen durchgeführt werden, während in der Nachbarkommune eine stattliche Anzahl von 1-€-Jobs als die arbeitsmarktpolitische Innovation gefeiert wird. Erst mit der deutlich verzögerten Arbeitsmarktstatistik lassen sich im Nachhinein die Strukturen der Arbeitsmarktpolitik rekonstruieren. Klar ist indes schon heute: Vielerorts werden die für Weiterbildung vorgesehenen Mittel nur teilweise ausgegeben.

Die Situation der KursleiterInnen und OrganisatorInnen wird immer prekärer: In den vergangenen vier Jahren dürfte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von ca. 80.000 auf 30.000 bis 35.000 reduziert haben.

Immer weniger Beschäftigte fallen noch unter den Schutz eines akzeptablen Tarifvertrages; in vielen Betrieben gelten Notlagen-Tarifverträge. Fast alle Neueinstellungen erfolgen befristet – oft für die wenigen Monate, die eine Maßnahme dauert. Das Gehaltsniveau ist häufig um mehr als 40 Prozent abgesackt, und parallel erleben auch die Honorarkräfte eine ständige Reduzierung ihrer Stundensätze. Inzwischen greift auch in der Weiterbildungsbranche Leiharbeit um sich: ein systematischer Missbrauch des liberalisierten Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes.

Am 7. November trafen sich auf Einladung von ver.di etwa 100 BetriebsrätInnen von Weiterbildungs- und Beschäftigungsträgern sowie aus der beruflichen Rehabilitation zu einer jährlichen Fachtagung in Berlin. Dort standen zum einen neue Ergebnisse der Begleitwissenschaft zur Arbeitsmarktpolitik und zur Evaluation der Hartz-Gesetze auf der Tagesordnung. Noch wichtiger aber war die Diskussion darüber, wie der Niedergang der Branche und der Löhne aufzuhalten ist. Ein zentraler Punkt dafür ist der Branchentarifvertrag Weiterbildung, der einen Mindestlohn sowie Mindestarbeitsbedingungen garantieren soll. Durchzusetzen ist er entweder durch eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung nach dem Tarifvertragsgesetz oder durch Aufnahme in das Entsendegesetz.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion wurde deutlich, dass sowohl die Vertreterin des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) als auch der BA-Vorstandsvize Raimund Becker auf Ignoranz setzen. Zwar sei die BA hier und da (!) über das Ziel hinausgeschossen, so Becker. Doch zu den katastrophalen Auswirkungen der Ausschreibungsverfahren äußerte er sich ausweichend. Auch Bettina Schattat vom BMAS brachte nicht im Ansatz Sympathie für das Projekt Branchentarifvertrag Weiterbildung auf. „Nur was effizient ist, ist auch sozial!“ so ihr Credo.

Nach dieser Erfahrung muss ver.di nun schnellstens Klarheit erlangen, ob der Branchentarifvertrag Weiterbildung noch mit einer wohlwollenden Unterstützung aus der Politik rechnen kann. Ein erneuter Kraftakt ist in jedem Fall notwendig. ●

D I E S U N D D A S

■ Gute Noten für das IAB

Im Auftrag der Bundesregierung evaluiert der Wissenschaftsrat (WR) seit 2004 die 50 Institute der Ressortforschung. In diesem Zusammenhang wurde das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) „als national hervorragende und international sehr anerkannte wissenschaftliche Einrichtung“ beurteilt. Der WR regt an, Fragen der Internationalisierung von Arbeitsmärkten künftig ein noch stärkeres Gewicht zu geben.

Das IAB ist der Bundesagentur für Arbeit (BA) organisatorisch zugeordnet, aber wissenschaftlich unabhängig. Es hat häufig kritische, für Gewerkschaften nützliche Untersuchungen angestellt.

■ Jammern über den Fachkräftemangel

Die deutschen Betriebe haben etwa drei Viertel des Geldes, das 2007 von der Bundesagentur für Arbeit für betriebliche Weiterbildung bereitgestellt wurde, nicht abgerufen. Zugleich jammert der Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) über einen bedrohlichen Fachkräftemangel. Eine Umfrage des Verbands unter 20 000 Unternehmen ergab, dass der Wirtschaft aktuell rund 400 000 Fachkräfte fehlen. Ein volkswirtschaftlicher Schaden von 23 Milliarden Euro Wertschöpfungsverzicht sei zu erwarten, so der DIHK.

■ Selbstständige vernetzen sich in Leipzig

Freiberufliche ver.di-Mitglieder – Bildungsprofis, IT-Spezialisten, Musiker, Theaterleute, Journalisten – treffen sich am 18. Februar 2008 ab 19.00 Uhr im Leipziger Studentenclub Moritzbastei. Dort geht es darum, was ver.di für Selbstständige tut und wie sie sich in ver.di engagieren können.

■ „Global Compact“ an der Uni Halle-Wittenberg

Die juristische und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) hat sich offiziell zu den „Principles for Responsible Management Education“ bekannt und gehört damit zu den Erstunterzeichnern der Prinzipien, die von der UNO als „Global Compact“ angenommen wurden. Dabei geht es um soziale und ökologische Anliegen, die (weltweit) agierende Unternehmen in ihre Entscheidungen einbeziehen sollen. Die Manager sollen über nachhaltige Problemlösungskompetenzen verfügen. Dies zu erreichen ist u.a. Aufgabe der Ausbildung von Führungskräften an Universitäten. Die MLU hat deshalb in ihre Masterprogramme Schwerpunkte wie „Wirtschaftsethik“ und „Nachhaltigkeitsökonomie“ aufgenommen.

■ Die Fachhochschule Münster kocht ökologisch

Die Fachhochschule Münster hat sich zum Ziel gesetzt, umweltgerecht hergestellte Lebensmittel in Großküchen zu etablieren. Dafür ist nicht allein der gute Geschmack ausschlaggebend. Vielmehr soll ein umfassendes Konzept mit der Entscheidung verfolgt werden. „Es geht darum zu vermitteln, dass ein Lebensmittel im Idealfall durchgehend ökologisch ist. Das heißt, es wird umweltverträglich und energieeffizient erzeugt, verarbeitet, gelagert, transportiert und schließlich verbraucht ... Entsprechend würden sich die StudentInnen in Studienarbeiten mit Lernfeldern wie zum Beispiel der Güter- und Dienstleistungsbeschaffung befassen,“ heißt es in einer Erklärung.

Das HRG verschwindet – und keiner merkt es?

Im kommenden Herbst soll Schicht sein für das Hochschulrahmengesetz (HRG): Der Bundesgesetzgeber will es im Zusammenwirken mit den Ländern zum 1. Oktober 2008 ersatzlos abschaffen. Dies erscheint als Folge der Föderalismusreform konsequent: Nachdem diese 2006 in Kraft getreten ist, besitzt der Bund keine Rahmengesetzgebungskompetenz mehr.

VON KARL-HEINRICH STEINHEIMER

Zunächst wird entgegen mancher Befürchtungen die Einheitlichkeit des deutschen Hochschulsystems jedoch noch erhalten bleiben – soweit es bisher einheitlich war. Die weiter bestehenden Landeshochschulgesetze beinhalten im Wesentlichen die Regelungen, die nun mit dem Abschaffen des HRG als Bundesrahmen entfallen. Außerdem sind Hochschulabschlüsse, Kriterien für Studiengänge und noch einige andere zentrale Fragen durch Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz (KMK) einheitlich gültig. Wie zu vernehmen ist, bemüht sich die KMK auch

darum, die Zulassung zum Hochschulstudium gemeinsam zu regeln.

Trotzdem: Dass der Bund darauf verzichtet, den Hochschulzugang und die Abschlüsse in einem Bundesgesetz für ganz Deutschland zu regeln, ist riskant. Es soll Bundesländer geben, die auf Teufel komm raus auf Wettbewerbsföderalismus setzen. Dafür nehmen sie sogar entgegen der europäischen Annäherung im Bologna-Prozess deutsche Kleinstaaterei in Kauf. Der erste Test, ob solche Vorstellungen auch konkrete Beschlüsse beeinflussen, steht im Dezember an. Dann soll entschieden werden, ob es parallel zur bisherigen Programmakkreditierung von Studiengängen auch eine Systemakkreditierung geben wird.

Der Bund wäre gut beraten, seine Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten nicht aufzugeben. Nur so hat er die Chance, die mit dem Bologna-Prozess angestrebten Ziele abzusichern. Vor allem die Mobilität der Studierenden und die Vergleichbarkeit der Studiengänge können leicht unter die Räder kommen, wenn jedes Bundesland seine eigenen Regelungen trifft. ●

Zu spät, zu wenig

Zum kommenden Wintersemester werden endlich die BAföG-Bedarfssätze um 10 Prozent und die Elternfreibeträge um 8 Prozent erhöht. Zu spät und zu wenig, wie nicht nur das Deutsche Studentenwerk (DSW), sondern auch ver.di findet.

VON HANNELORE REINER

Seit sechs Jahren gab es keine Steigerung. Der Bedarfssatz von 585 Euro pro Monat entspricht bei weitem nicht dem, was Familiengerichte als Unterhaltswert für Studierende festgelegt haben – nämlich 640 Euro plus Krankenversicherung von etwa 54 Euro. Rechnet man die in vielen Bundesländern erhobenen Studiengebühren hinzu – durchschnittlich 83 Euro – so summiert sich das Ganze auf rund 777 Euro. (alle Angaben vom DSW).

Vielleicht war die Mitteilung des Statistischen Bundesamtes ausschlaggebend: Zum ersten Mal

seit 2001 sank die Zahl der BAföG-geförderten Studierenden. 8.300 oder 1,6 Prozent weniger Studierende erhielten im vergangenen Jahr BAföG. Gleichzeitig sank die Studierendenquote erneut und liegt jetzt wieder bei 34 Prozent; offiziell angestrebt sind 40 Prozent eines Jahrgangs.

Rund 500 000 Studierende erhalten BAföG, das entspricht einem Viertel aller Studierenden. Von diesen geben fast 80 Prozent an, ohne BAföG nicht studieren zu können.

Eine Erhöhung um 10 Prozent wird den Notwendigkeiten also nicht gerecht, schon gar nicht, da sie erst zum Wintersemester 2007/2008 erfolgt. Relativ unbeachtet blieb auch, dass die Bundesregierung den nächsten BAföG-Bericht um ein Jahr verschoben hat. Eine weitere Erhöhung, wie sie das DSW als notwendig vorge-rechnet hat, will sie also möglichst lange hinauschieben. ●

EXZELLENZ RWTH AACHEN

Foto: Jürgen Seidel

Wer als exzellent gilt, schreibt das gerne an seine Tür

Leuchtturm- initiative – die zweite Runde

Die Würfel sind gefallen. Sechs weitere Universitäten können sich nun Elite-Universität nennen. International sorgt die deutsche Initiative durchaus für Beachtung. Was dabei allerdings selten in den Blick genommen wird: Viele Hochschulstandorte werden abgehängt, und die armen Bundesländer sind beim Exzellenz-Wettbewerb die Verlierer.

VON WILHELM RUWE

Am 19. Oktober war die Spannung vorbei: Der Wissenschaftsrat (WR) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) gaben das Ergebnis der zweiten Runde in der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder bekannt. 305 Antragsskizzen waren etwa ein Jahr zuvor eingereicht worden. Wieder ging es um drei Förderlinien. 278 Projekte betrafen Graduiertenschulen und Exzellenzcluster, 27 bewarben sich in der Förderlinie Zukunftskonzepte.

Nach einer Vorauswahl im Januar 2007 waren dann noch 44 Vorschläge zu Graduiertenschulen, 40 für Exzellenzcluster und acht für Zukunftskonzepte im Rennen. Die Antragsteller wurden aufgefordert, nun vollständige Unterlagen einzureichen. Eine international besetzte Prüfungsgruppe begutachtete zunächst die Konzepte. 320 Gutachterinnen und Gutachter waren insgesamt beteiligt; etwa 80 Prozent von ihnen kamen aus dem Ausland und etwa 20 Prozent aus Deutsch-

land. Die Entscheidung über die acht Anträge zur Förderlinie Zukunftskonzepte – und damit welche weiteren Universitäten sich nun Elite-Universitäten nennen dürfen – traf dann schließlich eine vom Wissenschaftsrat eingesetzte Strategiekommision.

Somit dürfen sich jetzt neun Hochschulen in Deutschland mit dem Titel „Elite-Universität“ schmücken: Die FU-Berlin, die Ludwig-Maximilians-Universität München, die TU-München, die Universitäten in Göttingen, Freiburg, Konstanz, Karlsruhe und Heidelberg sowie die TH-Aachen.

Freude und Geldsegen für die nächsten fünf Jahre sei diesen Universitäten ebenso gegönnt wie denen, die mit Bewilligungen für die Einrichtung von Graduiertenschulen und Exzellenzclustern bedacht wurden. Gleichwohl darf über den hohen Preis, der dafür gezahlt wird, nicht hinweggesehen werden: Nicht nur bleibt die breite Masse der deutschen Universitäten weiterhin unterausgestattet. Die armen Bundesländer werden auch noch weiter von der Wissenschaftsentwicklung abgehängt. Denn es gibt Anlass zur Sorge, dass die Milliarden für die Förderung der Eliteklasse die notwendigen Finanzmittel für die Masse absorbieren. Und zwar aus folgendem Grund: Der Bund bezahlt den Löwenanteil der Elitespritze, zwingt aber die Länder vertraglich dazu, ein Viertel des Zuschusses selbst beizusteuern. Die Kofinanzierung muss in manchen Bundesländern durch Kürzungen bei jenen Unis erwirtschaftet werden, die nicht zur Elite zählen. Der Elitewettbewerb tangiert also nicht nur die Exzellenzuni, sondern unmittelbar auch diejenigen, die leer ausgegangen sind.

Die eindeutigen Verlierer sind aber vor allem jene Bundesländer, die wegen fehlender Finanzmittel nicht mithalten können beim neuen Wettbewerbsföderalismus. Sie sind nicht in der Lage, das zu leisten, was nötig ist für die Hochschulen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wäre es umso notwendiger, dass der Bund nicht nur für die Forschung, sondern auch für die Lehre an den deutschen Hochschulen Geld bereitstellt. ●

HARTE FAKTEN

■ Wer gibt wie viel wofür aus?

Die öffentlichen und privaten Hochschulen haben im Jahr 2005 zusammen 31 Milliarden Euro ausgegeben. Der Anteil der privaten Hochschulen betrug gerade mal 429 Millionen Euro, das sind 1,4 Prozent des gesamten Volumens. Während die Ausgaben der öffentlichen Hochschulen um 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr stiegen, verringerten sich die der privaten um 3 Prozent. Trotz des vielen Wirbels, den private Hochschulen öffentlich veranstalten, spielen sie eine vergleichsweise geringe Rolle bei der Ausbildung der Studierenden.

Fast die Hälfte der Gesamtausgaben entfallen auf die Hochschulmedizin, etwas weniger auf die Universitäten (43,6 Prozent) und nur 10 Prozent auf die Fachhochschulen. Etwa 60 Prozent wurden für Personal ausgegeben, rund 10 Prozent für Investitionen.

■ Jedes Jahr gibt es eine neue Hochschulstatistik

Grundlage der Hochschulstatistiken ist das „Gesetz über die Statistik für das Hochschulwesen“ aus dem Jahr 1990. Die Angaben werden jährlich erhoben und geben Auskunft über Studierende, Prüfungen, Gasthörer und Habilitationen. Auch eine Personal- und Stellenstatistik wird immer am 1. Dezember veröffentlicht. Da es sich jeweils um Totalerhebungen – also nicht nur Stichproben – handelt und die Daten auch auf Plausibilität hin überprüft werden, sind die Zahlen von hoher Aussagekraft und Qualität. Aktuelle Ergebnisse werden mit einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht. Die Daten der Hochschulerhebungen sind im Internet zu finden unter der Fachreihe 11 „Bildung und Kultur“ des statistischen Bundesamtes.

■ Kultusminister rechnen mit Andrang an den Hochschulen

Nach einer „Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2005 bis 2020“ der Kultusministerkonferenz (KMK) wird die Zahl der SchülerInnen an allgemein bildenden und beruflichen Schulen in Deutschland um rund 18 Prozent auf 10,1 Millionen zurück gehen. Die Zahl der Studienberechtigten steigt zwar erst einmal von 400 000 auf rund 490 000 an – u.a. bedingt durch die doppelten Abiturjahrgänge 2011 bis 2013. Die Prognose geht aber davon aus, dass sie auch danach nur auf 410 000 fällt. Dahinter steht die Annahme, dass die Bildungsbeteiligung steigt. Wie unsicher das allerdings ist, zeigen die derzeit rückläufigen Studienanfängerzahlen.

■ Studierende wehren sich gegen das CHE

Wie viele andere Hochschulen sollte auch die Alice-Salomon Fachhochschule für Sozialwesen (ASFH) in Berlin-Hellersdorf am so genannten CHE-Ranking teilnehmen. Das CHE ist eine gemeinsame Institution der Bertelsmann-Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz.

Oft knüpfen Politiker finanzielle Zusagen an die Ergebnisse des Rankings. Der AstA der ASFH stellt sich gegen diese Entwicklung und hat die Studierenden aufgerufen, das diesjährige CHE-Ranking zu boykottieren. „Wir sind nicht gewillt, in einer ohnehin schon auf Wettbewerb und Verwertbarkeit ausgerichteten Gesellschaft uns auch diesem, von wirtschaftlicher Seite erdachten Instrument der Einflussnahme von reaktionären Strömungen auf die Hochschullandschaft zu unterwerfen,“ heißt es zur Begründung.

Zwischen Traumberuf und Ausbeutung



Foto: Jürgen Seidel

Manche Eingänge bleiben auch mit Hochschulstudium verschlossen

Welche Perspektiven bietet die Wissenschaft als Beruf jungen Menschen heute? Studierende und DoktorandInnen fanden sich Mitte November in Saalfeld zusammen, um sich über Einstieg und Aussichten im Berufsfeld Wissenschaft auszutauschen.

VON BIRTHE HAAK

Die Entmythologisierung des Traumberufs fällt nicht schwer: Die Arbeitsbedingungen vieler NachwuchswissenschaftlerInnen sind äußerst prekär. Klingt die Eingruppierung nach BAT 2a bzw. TVöD 13 zunächst ganz ordentlich, wird sie sogleich durch die (Un-)Sitte relativiert, in der Regel nur halbe Stellen zu vergeben. Dies geschieht oft unter der stillschweigenden oder auch offen ausgesprochenen Voraussetzung, dass dennoch Vollzeit gearbeitet wird. Somit steht die Bezahlung in keinem Verhältnis zur geleisteten Arbeit.

Dass die Verträge befristet sind, versteht sich fast schon von selbst. Durch das neue Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss der Arbeitgeber dabei für bis zu zwölf Jahre noch nicht einmal eine Begründung angeben. Hinzu kommt bei vielen Promovierenden das doppelte Abhängigkeitsverhältnis zum Prof als Vorgesetzten und Prüfer: Wer riskiert schon, auf die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten zu bestehen und dadurch möglicherweise einen wichtigen Fürsprecher beim Eintritt in die „scientific community“ zu vergrätzen?

Die Rahmenbedingungen sind allerdings auch abhängig von der Fächerwahl: Während in den stark drittmittelgeförderten Naturwissenschaften die Promotion auf einer sozialversicherungspflichtigen Stelle der Normalfall ist, sieht die Situation für Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen deutlich schlechter aus. Eine halbwegs abgesicherte Promotionsphase kann hier oft nur ein Stipendium bieten – beispielsweise von der Hans-Böckler-Stiftung. Viele müssen sich aber auch mit Honorarverträgen oder fachfernen Jobs über Wasser halten oder sind auf die Unterstützung von Eltern oder PartnerIn angewiesen.

Die strukturelle Benachteiligung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb ist dabei immer noch offensichtlich: Nach wie vor sind nur rund zehn Prozent der Professuren weiblich besetzt. Ein Faktor hierfür dürfte das hohe Maß an Mobilität sein, das für eine erfolgreiche Laufbahn verlangt wird. Es stellt eine große Hürde für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar – und betrifft insbesondere Frauen.

Was ist es, das angesichts dieser düsteren Rahmenbedingungen dennoch junge Menschen in die Wissenschaft zieht? Es sind Neugier, Wissensdurst, Freude am Forschen. Es sind spannende Menschen und anregende Diskussionen. Es ist ein im Vergleich zu vielen anderen Tätigkeiten in hohem Maße selbstbestimmtes Arbeiten, mit der Promotionsphase als einmalige Chance, sich intensiv und eigenständig einem Thema zu widmen. Und es ist der Antrieb, Wissenschaft nicht als Selbstzweck zu betreiben, sondern einen Beitrag zu gesellschaftlicher Entwicklung zu leisten.

Die Entscheidung für und wider das Berufsziel Wissenschaft hängt von den persönlichen Prioritäten ab. Verbesserungen der Arbeitsbedingungen werden sich aber nur erreichen lassen, wenn sich mehr NachwuchswissenschaftlerInnen trotz allen Drucks organisieren und gemeinsam für ihre Interessen eintreten. ●

Ein Seminar „Berufseinstieg Wissenschaft“ findet im nächsten Jahr vom 14. bis 16. November wieder in Saalfeld statt.

Begeisterte Jungleser

VON GESINE LEDLEIN

Viele von uns Bibliothekarinnen betreiben hauptamtlich Leseförderung. Wir kennen zahlreiche Methoden, um Kindern das Lesen zwanglos, spielerisch und spaßbetont schmackhaft zu machen. Alle paar Jahre gibt es neue Trends, an denen wir – auch unter dem Druck drohender Bibliotheksschließungen – nicht vorbeikommen. Bei den Kleinen klappt die Kontaktarbeit noch ganz gut; schwieriger ist es in aller Regel mit der „Problem-Zielgruppe“ Jugendliche: Wenn sie überhaupt kommen, wollen sie am liebsten an den Internetplätzen in Ruhe gelassen werden und nehmen unsere Hilfe höchstens beim Vormerken von Computerspielen in Anspruch.

Das Lesementoring-Projekt in Hannover bietet die Möglichkeit, mit beiden Zielgruppen zugleich zu arbeiten. Je zwei SchülerInnen der 9. und 10. Klassen treffen sich in ihrer Freizeit einmal wöchentlich mit sechs leseschwachen Grundschulern. Durch die festen Kleingruppen ist gezieltes und individuell zugeschnittenes Lesetraining möglich. Mitgebrachte Bücherkisten erlauben den Kindern, ihre Lektüre selbst auszuwählen und mit ihren Mentoren zu diskutieren. Auch ausgelassenes Toben auf dem Schulhof kommt nicht zu kurz, denn die Übungsstunden sind immer eine ausgewogene Mischung aus Vorlesen, Lese- und Bewegungsspielen oder auch kreativen Angeboten, die den gelesenen Stoff aufgreifen und vertiefen sollen.

Für uns betreuende Fachkräfte aus Bibliothek und Stadtteilkulturarbeit ist besonders interessant, dass wir unsererseits als Mentoren für die Jugendlichen fungieren: Wir schulen sie am Anfang des Projekts in Sachen Kinderliteratur und deren Vermittlung, bringen ihnen Gruppenspiele und die unterschiedlichen Lesevorlieben von Jungen und Mädchen nahe und versuchen, ihnen bei Disziplinproblemen oder besonders gelagerten Leseschwächen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Höhe- und Schlusspunkt jedes Durchgangs ist eine Lesenacht in den beteiligten Bibliotheksstellen.

Der relativ hohe Arbeitszeitaufwand lohnt sich für alle Beteiligten: Die Jugendlichen bekommen am Schluss ein bundesweit anerkanntes Zerti-



Foto: Bernd Schönberger

Lesestunde in
Hannover-Roderbruch

fikat, den „Kompetenznachweis Kultur“. Wir schreiben dieses individuelle Zertifikat nach mehrmaliger Beobachtung von Gruppenstunden und persönlichen Gesprächen mit den Jugendlichen. Darin machen wir Aussagen über ihre persönliche Entwicklung hinsichtlich Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Zuverlässigkeit und Kreativität. Ausgestellt wird der Kompetenznachweis von der Bundesakademie für Kulturelle Jugendbildung in Remscheid; er soll – und das ist bereits durch eine wissenschaftliche Evaluation belegt – den Jugendlichen bei Bewerbungen nützlich sein. Was aber vielleicht noch wichtiger ist: Die Jugendlichen erfahren, dass ihr Engagement, ihre Ideen und ihr Mut, sich vor einer Gruppe zu exponieren, von Erwachsenen wie Kindern wertgeschätzt wird; das kommt besonders denjenigen zugute, die nicht durch gute Schulnoten glänzen.

Die Grundschulern wiederum machen die Erfahrung, dass alles, was mit dem Lesen und mit Büchern zu tun hat, einen Riesenspaß machen kann – vor allem, wenn es ohne Notendruck von Jugendlichen vermittelt wird, die sie oft wie große Brüder und Schwestern ins Herz schließen. Und wenn ich in einer meiner Hospitationsstunden beobachte, dass die Mentorinnen fragen: „Was möchtet ihr jetzt machen – ein bisschen lesen?“ und die Kinder wie Fußballfans im Stadion skandieren: „LESEN! LESEN! LESEN!“, bin ich mir ganz sicher, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Zudem hat kein anderes Projekt meiner bisherigen Laufbahn mir einen derart intensiven Kontakt mit Jugendlichen ermöglicht. Der ist zwar manchmal schwierig und hat uns Fachkräfte in einigen Fällen auch an unsere Grenzen gebracht. Doch er zwingt uns auch zu verstärkter Reflexion über unser eigenes Verhalten und unsere Einstellungen – und das ist ein hoher Wert.

Die Idee, Kinder und Jugendliche zum Lesen zusammenzubringen, stammt von Ulrike Knoch-Ehlers, einer Mitarbeiterin der Stadtteilkulturarbeit in Hannover, die auch das Projekt leitet. Das Lesementoring läuft, mit einer kurzen Unterbrechung, seit Sommer 2004. Bisher wurden rund 60 Zertifikate „Kompetenznachweis Kultur“ an Jugendliche vergeben. Derzeit arbeiten MitarbeiterInnen aus der Stadtteilkulturarbeit und der Stadtbibliothek Hannover in vier Stadtteilen mit 50 jugendlichen Mentoren, die insgesamt ca. 150 Grundschüler betreuen.

Die Kräfte bündeln

ver.di vernetzt sich auch im Innern. Ende November hat der Bundesfachbereichsvorstand Bildung, Wissenschaft und Forschung einstimmig beschlossen, mit dem Fachbereich „Besondere Dienstleistungen“ zu kooperieren. Die Vereinbarung gilt zunächst für eine Wahlperiode der beiden Fachbereiche auf der Bundesebene.

Klar ist: Die Fachbereiche werden ihre jeweilige fachliche Identität bewahren und ihre Profile weiter schärfen. Gleichzeitig bündeln sie ihre Kräfte aber an Stellen, wo sich Synergien realisieren lassen. Auch im Bundesvorstand treten die beiden Fachbereiche nun mit Petra Gerstenkorn als gemeinsamem Bundesvorstandsmitglied auf.

Um die Kooperation zu steuern, wird ein Ausschuss gebildet. Er hat lenkende, empfehlende und überwachenden Aufgaben. Sieben Menschen sitzen im Kooperationsausschuss: Die beiden ehrenamtlichen Bundesfachbereichsvorsitzenden, ein weiteres Präsidiumsmitglied aus jedem Fachbereich sowie jeweils ein Hauptamtlicher oder eine Hauptamtliche und schließlich das gemeinsame Bundesvorstandsmitglied.

Die Kooperation folgt der Erkenntnis, dass ver.di-Mitglieder eine betriebliche und branchenbezogene Identität haben. Neben diesem spezifischen Bedarf haben sie allerdings auch allgemeine Interessen von ArbeitnehmerInnen, die sie adäquat vertreten sehen wollen. Diesen Grundsätzen entsprechend werden die kooperierenden Fachbereiche auf Bundesebene Querschnittsaufgaben gemeinsam bearbeiten. Dazu zählen beispielsweise die Entwicklung gemeinsamer politischer Positionen, die Mitgliederentwicklung und die Bildungsarbeit. Über die Einrichtung und die

Die beiden Fachbereiche verfolgen folgende Ziele mit der Kooperation:

- Bündelung und Stärkung fachbereichsübergreifender Aufgaben und Aktivitäten
- Erhalt der Eigenständigkeit der kooperierenden Fachbereiche
- Effiziente Nutzung der finanziellen und personellen Ressourcen mit dem Ziel, zur Konsolidierung beizutragen und die Finanzlage nachhaltig zu stärken
- Erprobung neuer Arbeits- und Organisationsstrukturen innerhalb der ver.di-Satzung und die Optimierung der derzeitigen ver.di Strukturen in einem konkreten Bereich
- Koordination der fachbereichsübergreifenden Tarifarbeit
- Erarbeitung gemeinsamer Grundsätze zur Organisationsentwicklung
- Satzungskonforme Zuordnung aller Mitglieder

Ausgestaltung gemeinsamer Projekte entscheiden die Bundesfachbereichsvorstände.

Ein erster politischer Schwerpunkt der Kooperation wird die Auseinandersetzung mit den prekären Beschäftigungsverhältnissen sein, die inzwischen in beiden Organisationsbereichen verbreitet sind.

Hans-Jürgen Sattler

Ressort 11 · Bereichsleiter Planung und Koordination

SEMINARE 2008

Was tun gegen Arbeitsverdichtung? Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Weiterbildung	Zeit: 23.01.–25.01.2008 Ort: ver.di-Bildungsstätte Berlin
Aktiv in Betrieb und Gesellschaft Wie kann ich mich mit meinen Ideen und Vorstellungen zur Arbeitswelt, zur Zusammenarbeit und Entwicklung in Betrieb und Gesellschaft einbringen?	Zeit: 21.04.–25.04.2008 22.09.–26.09.2008 Ort: ver.di-Bildungsstätte Berlin
Aufgaben von Betriebsräten in der Weiterbildung – Einführung in das Betriebsverfassungsgesetz für neue Betriebsräte	Zeit: 14.05.–16.05.2008 Ort: ver.di-Bildungsstätte Mosbach
Vernetzungstreffen der Studierenden	Zeit: 23.05.–25.05.2008 Ort: Grünberg/Hessen
Qualitätssicherung der Lehre – Akkreditierung von Studienprogrammen und Qualitätssicherungssystem in Hochschulen	Zeit: 23.06.–25.06.2008 Ort: ver.di-Bildungsstätte Berlin
Campus der Zukunft – Handlungsfelder und Aktionsvorhaben. Eine erste Zwischenbilanz	Zeit: 25.06.–27.06.2008 Ort: ver.di-Bildungsstätte Saalfeld
Sozialstandards für Studentenwerke – Wege zur Durchsetzung	Zeit: 25.06.–27.06.2008 Ort: ver.di-Bildungsstätte Saalfeld
Gleiche Arbeit – Neuer Firmenname – Weniger Geld? Mitbestimmungsrechte und Handlungsmöglichkeiten von BR bei Veränderungen der Unternehmensstruktur	Zeit: 29.09.–01.10.2008 Ort: ver.di-Bildungsstätte Berlin
Berufseinstieg – Wissenschaft	Zeit: 14.11.–16.11.2008 Ort: ver.di-Bildungsstätte Saalfeld
Informationskompetenz und gesellschaftspolitische Zusammenhänge	Zeit: 28.11.–30.11.2008 Ort: ver.di-Bildungsstätte Saalfeld

Weitere Informationen: <http://biwifo.verdi.de/veranstaltungen>

Matchball, Spiel, Satz und Sieg!!!

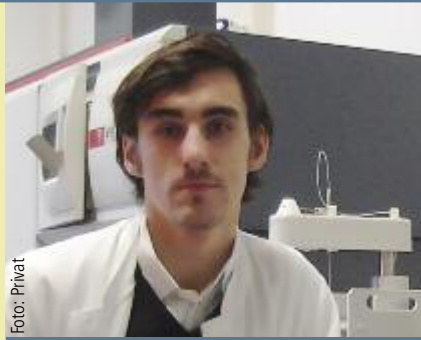


Foto: Privat

Mathias Siuda, JAV-Vorsitzender an der
Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover

Wie bei vielen Jugendlichen, die im dreigliedrigen Schulsystem ihre Zeit verbracht haben, stellte sich auch mir damals die Frage: Realabschluss, was nun? Meine Interessen liegen in den Bereichen Politik und Biologie. Im Endspurt machte dann erst einmal das zweite das Rennen. Nun ging die Suche nach einer naturwissenschaftlichen Berufsschule los. Mein Ziel war eine Ausbildung zum Biologielaboranten. Das Angebot an Plätzen war klein, die Nachfrage groß. Ich bewarb mich und absolvierte die Aufnahmeprüfung. Geschafft, das Fundament gelegt und den ersten Schritt getan!

Nach dem Berufsgrundbildungsjahr kam ich dann zur zweiten Hürde; jetzt musste ich mich um einen Ausbildungsplatz bemühen. Eine Bewerbung geschrieben und – kaum zu glauben – gleich eine Zusage für einen Ausbildungsplatz erhalten! Toll, der Erfolg wollte nicht reisen.

So begann ich mit meinen 18 Jahren und vollem Elan an der Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover meine Ausbildung zum Biologielaboranten. Alles verlief nach Plan. Doch der Drang nach Neuem war größer als die Ruhe. Mein Wunsch wuchs, mich politisch auf der betrieblichen Ebene zu engagieren. Deshalb wollte ich Jugend- & Auszubildendenvertreter werden und trat in die Gewerkschaft ein. Mit großer Mehrheit wurde ich zum JAVi gewählt, seit 2005 habe ich einen ver.di-Mitgliedsausweis.

Viele Freunde und KollegInnen stellten mir die Frage, warum ich das überhaupt mache – mich mit Problemen anderer Leute rumzuschlagen? Schließlich verlief doch alles super bei mir. Die Antwort war ziemlich simpel: Nun ja, gerade weil alles bei mir super verlief. Ich durfte eine qualitativ gute Ausbildung erleben und ich wollte dazu beitragen, dass auch junge Leute in einer schwächeren Position solche Erfahrungen machen können. Und natürlich ist es mir ein Anliegen, die Interessen schwächerer Auszubildender zu vertreten und sie zu unterstützen.

Die Zeit verging. Schließlich kam das Finish immer näher und ich beendete im Jahre 2006 im Alter von 20 Jahren meine Ausbildung zum Biologielaboranten. Nun wollte ich mein Recht, das eine Übernahme der JAVis garantiert, geltend machen. Das aber stellte sich als schwieriger heraus als erwartet. Zwar ist das Gesetz im Prinzip eindeutig, doch leider haben die Arbeitgeber dennoch ein paar Möglichkeiten auszuweichen. Und die nutzen sie bedauerlicherweise mittlerweile in allen Branchen. Was folgte war ein schwieriger Rechtsstreit. Doch mit Unterstützung der Gewerkschaft und des Personalrats bekam ich schließlich mein Recht. Seitdem habe ich das Privileg, eine unbefristete Vollzeitstelle zu haben und meine Aufgaben als Biologielaborant und als Jugend- & Auszubildendenvertreter weiterhin wahrnehmen zu können. Matchball, Spiel, Satz und Sieg!!!

Neben meiner Ausbildung habe ich noch eine weitere politische Weiche gestellt: Ich wurde in den ver.di-Bezirksjugendvorstand Hannover/Leine Weser und den Landesjugendvorstand Niedersachsen/Bremen gewählt. Kandidiert hatte ich, weil ich auch außerhalb des Betriebs politisch aktiv sein wollte. Schließlich kann ich bei der Gewerkschaft gesellschaftlich-politischen Druck in Richtung Bildungs- und Tarifpolitik ausüben und gemeinsam mit anderen dem herrschenden Kapitalstaat entgegenwirken.

Neben meiner ehrenamtlichen Arbeit bei ver.di möchte ich nun auch noch eine Ausbildung zum Teamer machen. Dahinter steht der Wunsch, meine Erfahrung mit Erfolgen und produktiven Niederlagen weiterzugeben. Ich will kein Vorbild sein, sondern der, der ich bin und was ich bin; ein Jugendlicher. ●

Vi Veri Veniversum Vivus Vici
Mathias Siuda, 22 Jahre

DREI FRAGEN



Foto: ver.di

Klaus Böhme

Was willst du als neu gewählter Fachbereichsvorsitzender erreichen?

Wir haben zur Zeit 53.000 Mitglieder. Ich träume davon und werde alles daran setzen, dass wir in vier Jahren wieder 60.000 sind.

Wie soll das gelingen?

Wir müssen zunächst in der Gesamtorganisation klarmachen: Wir sind bei ver.di für alle Fragen zuständig, die das Bildungssystem und die dort Beschäftigten betreffen. ver.di ist auch eine Bildungsgewerkschaft und muss als solche neben der GEW öffentlich wahr- und ernst genommen werden. Ein zentraler Punkt dafür ist u.a. unser Bildungsfinanzierungsantrag, der auf dem Bundeskongress einstimmig verabschiedet wurde. Er tritt ein für einen gebührenfreien Zugang zu allen Bildungsbereichen von der Kita bis zur Weiterbildung.

Gibt es weitere Ziele?

Klar! Die Besonderheiten im Wissenschaftsbereich müssen bei Tarifverhandlungen stärker beachtet werden. Und wir werden versuchen, die Personalräte aus unserem Fachbereich stärker zu vernetzen. Das wird ihre Identifikation mit ver.di erhöhen und schafft die Möglichkeit, sie als Multiplikatoren zeitnah mit Informationen zu versorgen. Und schließlich müssen wir unsere klassische Lobbyarbeit verstärken – sprich in einen ständigen Dialog mit den politischen Akteuren kommen. ●



Coupon bitte abtrennen und im Briefumschlag schicken an:

Verdiente Dienstleistungsgewerkschaft · Fachbereich 5 · Bildung, Wissenschaft und Forschung · Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin



BEITRITTSERKLÄRUNG

W-19/2841-0004

Ich möchte Mitglied werden ab:

_____/_____/_____
Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name

Vorname/Titel

Straße/Hausnr.

_____/_____
PLZ Wohnort

Telefon

E-Mail

Geburtsdatum

Staatsangehörigkeit

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten

- Arbeiter/in Angestellter/
 Beamter/in DO-Angestellter/
 Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in

Vollzeit Teilzeit
 Anzahl Wochenstd. _____

- Erwerbslos
 Wehr-/Zivildienst bis _____
 Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis _____
 Schüler/in-Student/in bis _____
 Praktikant/in bis _____
 Altersteilzeit bis _____
 Sonstiges _____

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Straße/Hausnummer im Betrieb

_____/_____
PLZ Ort

Personalnummer im Betrieb

Wirtschafts-/Geschäftszweig (ausgewählte Tätigkeiten)

Ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft:

von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren

- monatlich halbjährlich
 vierteljährlich jährlich

einzuziehen.

Name des Geldinstituts/Filiale (ort)

_____/_____
Bankleitzahl Kontonummer

Name Kontoinhaber/in (Bitte in Druckbuchstaben)

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in

Tarifvertrag

Tarif, Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst

Euro

Monatsbeitrag

Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorrentkinder/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungs- und Pflegekinder/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datenschutz

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift

Werber/in:

Name

Vorname

Mitgliedsnummer